

**Niederschrift zur 52. öffentlichen Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem
10. März 2011 um 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Weserstraße 75,
28757 Bremen**

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 22.10 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 50. Sitzung vom 20. Januar 2011
3. Dienstleistungsangebot Bürgerservice im Stadtteil
4. Sachstand Projekt Ulrichs Villa
5. Ansiedlung eines Verbrauchermarktes in der Borchshöhe
- Vorhaben- und Erschließungsplan -
6. Verkauf der Immobilie Weserstraße 75
- Abgabe einer Stellungnahme -
7. Weitere Entwicklung auf dem Grundstück Hartmannstift,
Gerhard-Rohlf's-Straße 48 A
8. Sachstand Markthalle
9. Anträge an die Stiftung Wohnliche Stadt / Vergabe von Beiratsmitteln
10. Anträge und Anfragen der Parteien
11. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
12. Mitteilungen der Beiratssprecherin
13. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Bless, Klaus-Dieter
Borchers, Torsten
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Keßenich, Gundram
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Schmidt, Wolfgang
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried (ab 19.37 Uhr)
Wemken, Manfred

Es fehlten:

Tegeler, Henning

Sonstige Teilnehmer:

Herr Bachmann (AVW Immobilien AG)
Herr Damaschke (ASSET Berlin Vermögensverwaltung GmbH)
Herr Donaubauer (Bauamt Bremen-Nord)
Frau Eckerle (Immobilien Bremen AöR)
Herr Mosel (Nord-Bau GmbH)
Frau Pape-Post (Senator für Inneres und Sport)

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen. Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Der Vorsitzende schlägt vor, die Behandlung des Entwurfs eines Antrages zur Situation der Mieter von Wohnungen der Gewosie in der Beratung vorzuziehen, da sich viele Bürgerinnen und Bürger hierfür eingefunden haben.

Die Tagesordnung wird mit dieser Maßgabe entsprechend beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Wortmeldungen aus dem Publikum werden nicht vorgetragen.

Es liegt ein schriftlicher Antrag zur Krötenwanderung in der Beckstraße vor. Der Beirat nimmt den Antrag auf und verweist ihn zur Abstimmung des weiteren Prozedere in den Sprecherausschuss.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschrift der 50. Sitzung vom 20. Januar 2011

Änderungswünsche werden nicht vorgetragen, die Niederschrift zur 50. Sitzung vom 20. Januar 2011 wird wie vorliegend genehmigt.

Der Vorsitzende verliest den Entwurf eines Antrages zur Situation der Mieter von Wohnungen der Gewosie und trägt die Begründung vor.

Über das Ortsamt liegt den Beiratsfraktionen ein Schreiben vor, mit dem die Gewosie die Mieter ihrer Immobilien darüber informiert, dass das jeweilige Wohngebäude veräußert werden soll. Die Mieter werden gebeten, einen von der Gewosie beauftragten Makler zu diesem Zweck in die Wohnungen zu lassen. Seit Jahren werden in den Zweifamilienhäusern freie Wohnungen nicht mehr belegt mit dem Ziel, die Gebäude zu verkaufen. Der Leerstand einzelner Wohnungen führt dazu, dass die Substanz der Gebäude insgesamt erheblich leidet. Dies verschlechtert nachhaltig die Wohnbedingungen für die verbleibenden Mieter. Wenn jetzt die Mieter insgesamt angeschrieben werden und einen Verkauf ihrer Wohnungen und damit ein Mietende befürchten müssen, ist das Maß der Zumutbarkeit endgültig überschritten. Der Spruch: „Einen alten Baum verpflanzt man nicht.“ Gilt hier in besonderem Maße. Mit Mietern, die jahrzehntelang in diesen Wohnungen leben und teilweise weit über 70 Jahre alt sind, geht man so nicht um.

§ 2 Abs. 1 der Satzung der Gewosie macht deutlich, dass der Zweck der Genossenschaft die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung ist.

Der Beirat Vegesack erwartet, dass die Genossenschaft ihrem selbst gesetzten Grundsatz gerecht wird.

Herr Buchholz teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage nicht in Gänze anschließen kann, da noch Klärungsbedarf besteht. Beispielsweise ist eine Verdichtung nicht konkret absehbar. Es kann nicht nachvollzogen werden, ob die Gewosie ihre Informationspflicht ausreichend genüge getan oder diese verletzt hat. Den Wahrheitsgehalt des genannten Schreibens an die Mieter kann er nicht überprüfen. Dass ein Haus verkauft werden soll, in dem noch Mieter wohnen, erscheint für ihn nicht ungewöhnlich. Evtl. kann die Genossenschaft behilflich sein, neue Mietwohnungen für diese Mieter zu finden.

Frau Frenzel berichtet, dass Mieter ihr mitgeteilt hätten, dass sie sowie ihre Vertretung keine Informationen erhalten hätten.

Frau Sprehe bezeichnet das Schreiben der Gewosie an ihre Mieter als indiskutabel und verliest dieses. Zudem weist sie auf das besondere Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter bei einer genossenschaftlich organisierten Wohnungsbaugesellschaft hin.

Herr Degenhard kritisiert ebenfalls das Vorgehen der Genossenschaft.

Herr Pörschke bezieht sich auf die Erfahrungen, die der Beirat im Zusammenhang mit der Erstellung der Passivhäuser mit der Gewosie gemacht hat. Auch hier haben die Mieter auf Umwegen von dem Abriss ihrer gemieteten Immobilien erfahren.

Herr Scharf bezeichnet die Akteure bei der Gewosie als knallhart. Der Beirat sollte daher nicht nachsichtig agieren.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack verurteilt auf das Schärfste die Absicht der Gewosie, die privat genutzten Häuser mit größtenteils jeweils zwei Mitwohnungen im Bereich zwischen Hohe Feld, Bentloger Straße, Schüttes Kamp und Bertholdstraße zu verkaufen, so lange in diesen Häusern noch genossenschaftlich organisierte Mieter wohnen.

Der Beirat Vegesack fordert die Gewosie auf, die dort seit Jahrzehnten lebenden Menschen nicht durch Aktionen zu verunsichern, die auf ein anstehendes Ende des Mietverhältnisses schließen lassen müssen.

Gleichzeitig fordert der Beirat Vegesack die Gewosie auf, ihren Pflichten als Vermieterin nachzukommen und die Häuser in einem korrekten Zustand zu erhalten, der es den Mietern ermöglicht, dort angemessen zu leben.

Der Beirat Vegesack stellt fest, dass er möglichen Bestrebungen einer baulichen Verdichtung des durch Einfamilienhäuser geprägten Wohngebietes eine deutliche Absage erteilt.

Ergebnis:

Der Beschluss wird bei einer Gegenstimme gefasst.

Tagesordnungspunkt 3 Dienstleistungsangebot Bürgerservice im Stadtteil

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Bereits im Jahr 2009 hat der Beirat Fragen an das Stadtamt bzgl. des Dienstleistungsangebots und der Öffnungszeiten des geplanten Bürgerservice-Centers Nord formuliert. Der Vorsitzende bittet Frau Pape-Post bei ihren Ausführungen auch auf die Parkraumüberwachung in den Straßen um das Stadthaus Vegesack einzugehen.

Frau Pape-Post stellt das Bürgerservice-Center als ein gesamtbremitesches Konzept vor. Sie benennt folgende Ziele:

- Aufbau einer leistungsstarken, bürgerorientierten und flexiblen Dienstleistungsstruktur
 - Ausbau der Dienstleistungspalette, d.h. die Akten sollen laufen, nicht die Menschen. Mehrere Prozesse werden von einer Person geleistet.
- Steigerung der Servicequalität
 - Terminmanagement, erweiterte Öffnungszeiten
 - Verbesserte telefonische Erreichbarkeit
- Aufwand für den Kunden reduzieren
- Terminbuchung per Telefon, via Internet
 - Amtsübergreifendes Buchungssystem, von überall nach überall
- Telefonische Erreichbarkeit
 - Dienstleister für 1st und 2nd level intensiver einbinden
- Interaktive Internetangebote (Visionen)
 - Kfz-Zulassung online für jedermann
 - Internetauskunft aus dem Melde- und Gewerberegister

Die in Bremen-Nord vorhandenen Standorte des Stadtamtes werden in einem Bürgerservice-Center Nord (BSC Nord) zusammengeführt. Dieses Angebot wird durch Online-Angebote, wie z.B. die Reservierung von Kfz-Kennzeichen, die Voranmeldung von Eheschließung ergänzt.

Frau Pape-Post stellt die bereits bestehenden BSC in der Pelzer Straße 40 und in der Stresemannstraße mit ihren Dienstleistungsangeboten und Öffnungszeiten vor.

In der Pelzer Straße 40 können nicht nur Leistungen des Stadtamtes sondern auch des Amtes für Wohnungswesen abgefragt werden. Das BSC Mitte unterhält Kooperationen zu privaten Anbietern und stellt mit dem Finanzamt eine Shop-in-shop-Lösung für zentrale Informationen und eine Annahmestelle für Steuererklärungen zur Verfügung.

Das Dienstleistungsangebot des BSC Nord soll sich an dem des BSC Mitte orientieren. Das BSC Mitte hat pro Woche 53,5 Stunden geöffnet.

Das BSC in der Stresemannstraße bietet entgegen denen im BSC Mitte angebotenen Dienstleistungen keine Leistungen z.B. in den Bereichen Führerscheineangelegenheiten und Ausländereinladungen an. Das BSC hat 39 Stunden in der Woche geöffnet.

Das BSC Nord wird die Fachbereiche des Stadtamtes umfassen. Es wird einen gemeinsamen Empfangsbereich für die Fachbereiche des Stadtamtes, das Standesamt Bremen-Nord, das Marktbüro, den Gewerbeaufsichtsdienst und das Amt für Wohnungswesen geben.

Das Dienstleistungsangebot wird Leistungen bzgl. der Meldeangelegenheiten, Pässe und Ausweise, Gewerbeangelegenheiten, Fischereiangelegenheiten, Beglaubigungen, Zulassungs- und Fahrerlaubnisangelegenheiten, Besuchereinladungen, Antragsannahme für Wohngeld- und Wohnberechtigungsangelegenheiten umfassen.

Pro Woche wird das BSC Nord mind. 35. Stunden öffnen.

In Blumenthal hat das Bürgeramt zzt. 25 Stunden geöffnet, in Vegesack 36 Stunden, das Straßenverkehrsamt 22,5 Stunden.

Frau Sprehe zeigt sich verwundert, dass das Konzept noch nicht früher fertig gestellt wurde. Sie fragt, ob Leistungen, die zzt. in Bremen-Nord angeboten werden, zukünftig nicht im BSC Nord angeboten werden. Sie kritisiert die Öffnungszeiten und berichtet von katastrophalen Zuständen im Bürgeramt Vegesack an den Donnerstagabenden. Mindestens zwei Dienstleistungsabende seien aus ihrer Sicht notwendig. Des Weiteren regt sie eine Öffnung am Samstagvormittag an und spricht sich für eine Öffnungszeit pro Woche aus, die mind. 50 Stunden umfasst, aus.

Auch Frau Spiegelhalter-Jürgens kritisiert die geplanten Öffnungszeiten für Vegesack und plädiert ebenfalls für eine Öffnung am Samstag.

Herr Buchholz bezeichnet die Angebotspalette als beeindruckend, kritisiert allerdings ebenfalls die geplanten Öffnungszeiten von 35 Stunden als nicht ausreichend. Viele Bürger möchten ihre Anliegen persönlich klären und nicht das Online-Angebot nutzen.

Frau Pape-Post kann die Forderungen nachvollziehen. Im BSC Mitte war die Samstag-Öffnung sehr kritisch beraten worden. Die Öffnungszeiten sind insg. in einem von einer Mediation unterstützten Beratungsprozess mit den Mitbestimmungsgremien abgestimmt worden. Rahmenbedingungen, wie die Personalgröße und die finanziellen Mittel bedingen die Öffnungszeiten. Ggf. sind Dienstzeiten in einem Schichtsystem zu planen. Die genannten 35 Stunden stellen eine unterste Ausbaustufe dar. Unterschiedliche Ämter mit unterschiedlichen Mitarbeitern und Öffnungszeiten werden miteinander verschmolzen. Der Standard des Bürgeramtes Vegesack soll gehalten werden.

Herr Schmidt führt aus, dass sich das Angebot und die Öffnungszeiten an der Nachfrage orientieren sollten. Die aktuelle Situation im Bürgeramt Vegesack zeigt, dass hier ein Verbesserungsbedarf besteht.

Frau Pape-Post erklärt, dass ein Terminmanagement eingeführt wird. Mit diesem Instrument lassen sich auch Kundenströme und Wartezeiten messen. Zum Abbau von Wartezeiten könnten nicht nur die Öffnungszeiten ausgeweitet werden, man könnte zu Spitzenzeiten auch mehr Personal einsetzen. Sollte die geplante Öffnungszeit von 35 Stunden pro Woche nicht ausreichen, könnte ggf. nachgesteuert werden.

Herr Scharf fragt, ob alle Mitarbeiter der betroffenen Behörden in Bremen-Nord in das Stadthaus Vegesack übernommen werden.

Frau Pape-Post führt noch einmal das Dienstleistungsangebot, dass im Stadthaus vorgehalten werden soll, aus. Evtl. wird es bei der Übernahme von einzelnen Leistungsteilen Ausnahmen geben.

Frau Sprehe fragt konkret, ob beabsichtigt ist, die Verlängerung der Personenbeförderungserlaubnisse weiterhin in Vegesack zu gewährleisten. Sie regt an, den Beirat bei der Analyse der Öffnungszeiten zu beteiligen und spricht sich für die Übernahme der Öffnungszeiten des BSC Mitte für Nord aus.

Der Vorsitzende regt an, die Ergebnisse des Mediationsverfahrens in die Planungen für das BSC Nord einfließen zu lassen, es sei denn, grundlegende Voraussetzungen hätten sich geändert.

Herr Scharf merkt an, dass sich die Öffnungszeiten in die Nachmittagsstunden orientieren müssten, da vormittags die Berufstätigen das Angebot nicht wahrnehmen könnten.

Frau Pape-Post stellt fest, dass die Öffnungszeiten nicht abschließend festgelegt sind. Frühe Öffnungszeiten werden oft von Berufstätigen genutzt. Die Terminvergabe ist ein flexibles Gestaltungselement. Das durchgängige Zeitangebot, ohne Mittagszeiten, wird von Berufstätigen ebenfalls genutzt.

Die Rahmenbedingungen lassen vgl. Öffnungszeiten wie im BSC Mitte nicht zu. Da außerhalb der Öffnungszeiten aktengebundene Arbeiten stattfinden, hat beispielsweise die Kfz-Zulassungsstelle derzeit nachmittags kein Öffnungszeitenangebot.

Auf Nachfrage von Herrn Degenhard teilt Frau Pape-Post mit, dass sie die Einwände des Beirates in die Senatorische Behörde und das Stadtamt einbringt. Darüber hinaus können die Beiratspolitiker ihre Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft sensibilisieren, die mit der Haushaltsgesetzgebung die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen.

Mit dem vorhandenen Personal sind die geplanten Öffnungszeiten abzudecken, zusätzliche Einstellungen sind nicht möglich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei dem Veränderungsprozess entsprechend einzubeziehen.

Ca. 10 Prozent aller Meldeangelegenheiten in Bremen entfallen auf Bremen-Nord, 65 Prozent auf das BSC Mitte und ca. 25 Prozent werden von dem BSC Stresemannstraße bearbeitet. Der Rest entfällt auf das BSU an Universität Bremen. Diese Verteilung kann als exemplarisch für die übrigen Angebote angenommen werden.

Zu der Parkplatzsituation um das Stadthaus erläutert Frau Pape-Post, dass die Straßen schwerpunktorientiert beobachtet werden. Rettungswege sind freizuhalten, auf evtl. Verstöße wird flexibel reagiert.

Der Vorsitzende merkt an, dass bereits aktuell Parkverstöße begangen und Rettungswege nicht freigehalten werden.

Herr Borchers spricht sich gegen einen potentiellen Abzug von Personal in Richtung Innenstadt aus.

Frau Sprehe merkt an, dass bei der Planung der Öffnungszeiten die Anzahl der Bewohner Bremen-Nords zu berücksichtigen ist. Viele Berufstätige suchen zzt. das BSC Mitte am Samstag auf.

Es liegt ein Antrag der SPD-Beiratsfraktion vor. Der Vorsitzende schlägt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages vor.

Beschluss:

Der Senator für Inneres und Sport wird aufgefordert, das Dienstleistungsangebot der bisherigen Bürgerämter, der Führerschein- und der Kfz-Zulassungsstelle im vollem Umfang beim Bürgerservice-Center Nord zu erhalten und die kundenfreundlichen Öffnungszeiten des BSC Mitte auch in Bremen-Nord. einzuführen.

Hierfür ist mindestens das zzt. im Bereich Bürgerservice in Bremen-Nord beschäftigte Personal erforderlich.

Der Senator für Inneres und Sport wird aufgefordert, zeitnah eine Bedarfsanalyse für die ersten drei Monate nach Eröffnung des BSC Nord durchzuführen und das Ergebnis gemeinsam mit dem Beirat Vegesack noch im Jahr 2011 zu diskutieren.

Ergebnis:

- einstimmig -

Herr Donaubaer führt aus, dass die bisher von GeoInformation Bremen in einer Außenstelle in Bremen-Nord wahrgenommenen Leistungen zukünftig vom Bauamt Bremen-Nord im Stadthaus wahrgenommen werden.

Im Rahmen der Reintegration war das Landesamt für Kataster, Vermessung zu Sparmaßnahmen gezwungen und in sofern war die Außenstelle in der Diskussion.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4

Sachstand Projekt Ulrichs Villa

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Mosel und führt in die Thematik ein. Das Bauprojekt beschäftigt den Beirat seit 2007. Auf dem Grundstück wurden bereits Bauvorbereitende Maßnahmen durchgeführt, wie z.B. die ordnungsgemäßen Baumfällungen.

Herr Donaubaer erläutert zum Prozedere, dass mit der Grundintention der Unterschutzstellung der Ulrichs Villa ein Teil der historischen Bausubstanz erhalten werden und durch einen Neubau ergänzt werden soll. Alter und neuer Gebäudeteil sollen miteinander verbunden werden. Der Bauantrag fußt auf dem Bebauungsplan 1550. Die Ergebnisse dieses Verfahrens waren im Rahmen einer Deputationssitzung zu behandeln. Der Bauantrag mit der Darstellung des Objektes in einem Aufriss fand allerdings keine Zustimmung. Gemeinsam mit der Bauherrschaft wurde das Projekt diskutiert und einer Überarbeitung zugeführt. Die Ausdehnung der Baumasse wurde reduziert und insgesamt gefälliger gestaltet. Das Grundstück hat bereits den Besitzer gewechselt und Rodungsmaßnahmen wurden auf Grundlage der abgestimmten Veränderungen durchgeführt. Das konkrete Ergebnis wird dem Beirat vorgestellt, wenn der Bauantrag genehmigungsfähig vorliegt.

Herr Mosel bestätigt, dass das Objekt fast komplett umgeplant, reduziert und anders gestaffelt wurde. Die Nord-Bau GmbH möchte möglichst zeitnah mit dem Bau beginnen. Der Abriss der Gebäudeteile wird ca. 6-8 Monaten dauern. Parallel dazu wird der Bauantrag bearbeitet.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass der Sachstandsbericht für den Beirat und die Bürger von besonderem Interesse ist, da die Arbeiten offensichtlich vorangetrieben werden.

Der Beirat nimmt die Ausführungen von Herrn Donaubaer und Herrn Mosel zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5

Ansiedlung eines Verbrauchermarktes in der Borchshöhe

- Vorhaben- und Erschließungsplan -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Damaschke und beschreibt die örtlichen Gegebenheiten. Zwei Verbrauchermärkte in dem angesprochenen Wohngebiet sollen aufgelöst und in einem neuen Markt zusammengefasst werden.

Herr Donaubaer zeigt das ausgewählte Grundstück. Zur Realisierung des geplanten Marktes ist mit einer Bauleitplanung ein Vorhabenbezogener Erschließungsplan aufzustellen. Die Planung wurde bereits ein gutes Stück vorangetrieben, um zu prüfen ob die Lage für die Anwohner verträglich ist. Es besteht die Emissionsschutzrechtliche Auflage, dass der Parkplatz mit einer Wand umgeben wird. Diese Wand entlang des Verbindungsweges zwischen den Straßen Borchshöher Straße und Hünertshagen wird begrünt. Die konkreten Anlieferwege ergeben sich ebenfalls auf Grund der zu erwartenden Emissionen. Es wird ein Backsteingebäude mit Satteldach geplant, die Lärmschutzwand wird aus gleichem Material errichtet. 42 Parkplätze sind vorgesehen. Insgesamt ist eine homogene Ausgestaltung beabsichtigt. Ein stringentes Werbekonzept wird im Vorfeld abgestimmt und festgelegt.

Den Markt wird Edeka als Aktiv-Markt betreiben.

Auf Nachfragen von Herrn Schmidt und Frau Spiegelhalter-Jürgens führt Herr Damaschke aus, dass die geplante Verkaufsfläche ca. ein Drittel der Fläche des Marktes an der Meinert-Löffler-Straße ausmacht. Edeka möchte ein Vollsortiment anbieten. Der Mietvertrag wird mit Edeka geschlossen. Edeka schließt in der Regel Untermietverträge mit den Einzelhandelskaufleuten ab und regelt die wesentlichen Dinge, wie z.B. die Investitionen und die Warenbelieferung.

Für den Edeka-Markt, der von Frau Steffen in der Koringstraße betrieben wird, wird eine Nachnutzung angestrebt, so dass kein Leerstand entstünde.
Die Gespräche mit den Nachbarn haben begonnen.

Auf Nachfrage von Herrn Scharf bestätigt Herr Damaschke, dass der Markt fußläufig von Hünertshagen zu erreichen ist.

Für die Anwohner aus Schönebeck würde der Markt nach Einschätzung des Vorsitzenden eine neue Einkaufsmöglichkeit darstellen.

Herr Schmidt und Frau Spiegelhalter-Jürgens erfragen die Öffnungszeiten des Marktes.
Er wird voraussichtlich von 7.00 bis 21.30 Uhr geöffnet sein.

Frau Sprehe erinnert an die Bauruine in der Clamersdorfer Straße. Auch für dieses Gebäude wünschen sich die Anwohner einen Einkaufsmarkt.

Herr Buchholz hebt hervor, dass das Objekt im Vorfeld sehr umsichtig geplant worden sei.
Das Ergebnis stellt eine deutliche Verbesserung für den Schönebecker und Aumund-Hammersbecker Bereich dar.

Beschluss:

Der Beirat beschließt, dass die erforderliche Bürgerbeteiligung in Form einer Einwohnerversammlung durchgeführt wird.

Ergebnis:

- einstimmig -

Die Einwohnerversammlung wird am 4. April 2011 durchgeführt.

Die Sitzung wird für ca. 5 Minuten bis 20.00 Uhr unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 6 Verkauf der Immobilie Weserstraße 75 - Abgabe einer Stellungnahme -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Eckerle. Der Beirat hat sich bereits mehrfach mit der Thematik befasst und z.B. im Jahr 2008 mit Blick auf den absehbaren Verkauf beschlossen, dass die Grundstücksgrenze der Gebäudegrenze entsprechen soll. Der Stadtgarten soll weiterhin über die Wege entlang der Immobilie Weserstraße 75 öffentlich zugänglich sein. Der Stadtgartenverein ist während seiner Jahreshauptversammlung der Intention gefolgt und hat eine vergleichbare Beschlusslage herbeigeführt. Immobilien Bremen legt dem Beirat nunmehr vier Varianten zur Veräußerung der Immobilie mit und ohne Grundstücksanteile zur Stellungnahme vor.

Frau Eckerle beschreibt den Stand der Vermarktung. Derzeit werden die Stellungnahme des Beirates sowie die Wertermittlung von GeoInformation zur Vermarktung abgewartet. Anschließend erfolgt die Ausschreibung. Der Verkauf soll zum Höchstpreis erfolgen. Allerdings wird auch die Nutzung mit abgefragt. Frau Eckerle geht davon aus, dass zum Jahres Ende ein Käufer präsentiert wird. Immobilien Bremen möchte einen Teil des Gartens mit der Immobilie anbieten. Der Zugang zum Stadtgarten soll weiterhin öffentlich möglich sein.

Die Frage von Herrn Scharf, warum die Ausschreibung erst jetzt erfolge, kann Frau Eckerle nicht beantworten.

Frau Sprehe bemängelt die verzögerte Veräußerung der Immobilie. Einem Leerstand wird nur auf Grund der teilweisen Zwischennutzung durch das Rebus entgegengewirkt. Würde ein Leerstand erzeugt werden, wäre ein Wachdienst zu beauftragen, dessen Kosten von der Stadtgemeinde zu tragen wären.

Für den Verkauf ist die Zustimmung des Beirates erforderlich.

Herr Buchholz merkt an, dass ein Gebäude in einem bezogenen Zustand eher zu veräußern ist, als bei einem Leerstand. Die FDP-Beiratsfraktion spricht sich für die Variante C aus, da dieser Vorschlag die höhere Verkaufschance bietet.

Herr Degenhard stellt fest, dass sich der Beirat geirrt habe, als er beschlossen hat, dass das Gebäude ohne Gartenanteil zu verkaufen sei. Allerdings muss der Zugang zum Stadtgarten gesichert sein. Er bezeichnet die Variante C als angemessen.

Herr Pörschke führt aus, dass öffentliche Angebote in dem Gebäude voraussichtlich nicht realisiert werden können. Durch diese neue Situation bedingt, erachtet er die Veräußerung eines Teils des Gartens als sinnvoll. Der Zugang zum Stadtgarten soll erhalten bleiben. Herr Pörschke spricht sich dafür aus, im Veräußerungsprozess die privaten und öffentlichen Interessen gegeneinander abzuwägen und das Gebäude am Markt zu platzieren. Die Grünen möchten einen Leerstand vermeiden.

Frau Sprehe spricht sich dafür aus, zunächst an die Vegesacker Bevölkerung zu denken und den Zugang zum Stadtgarten sicherzustellen. Sie spricht sich dagegen aus, den schönsten Aussichtspunkt am Vegesacker Stadtgarten zu privatisieren. Auch bei einem Überwegerecht könnte der Eigentümer Maßnahmen gegen die öffentliche Nutzung einleiten. Des Weiteren spricht Frau Sprehe die ungeklärte Parkplatzsituation an. Die SPD-Fraktion spricht sich für die Variante A aus.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden bzgl. der Variante C erklärt Frau Eckerle, dass über einen Eintrag in das Grundbuch die öffentliche Nutzung sichergestellt werden kann. Wie diese Regelung in der Praxis gelebt wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Herr Donaubauer merkt an, dass sich der Denkmalschützer tendenziell für die Variante C ausgesprochen hat. Ein öffentlicher Zugang zum Stadtgarten ist sicherzustellen.

Herr Pörschke kann sich vorstellen, dass die Fläche privatisiert und trotzdem der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. In jedem Fall ist ein Zaun zur Begrenzung des veräußerten Grundstücks zu vermeiden.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack stimmt einer Veräußerung des Gebäudes und des Grundstücks Weserstraße 75 maximal gemäß der dargestellten Variante C (Privatbalkon mit öffentlicher Nutzung) zu.

Ergebnis:

Mit acht Stimmen dafür und sechs Gegenstimmen wird der Beschluss gefasst.

Tagesordnungspunkt 7

Weitere Entwicklung auf dem Grundstück Hartmannstift, Gerhard-Rohlf's-Straße 48 A

Der Beirat hat im Mai 2008 beschlossen, dass bei einer Umnutzung auf dem Gelände des ehem. Hartmannstifts die historische Fassade des Gebäudes zu erhalten ist und unter Berücksichtigung der Aspekte, dass Wilhelm Hartmann seine Stiftung aus sozialen Gründen getätigt hat, nämlich um Kranke aus dem Stadtteil die Möglichkeit zu geben, sich behandeln zu lassen, hat sich der Beirat seiner Zeit dafür ausgesprochen, dass die zukünftige Nutzung auch soziale Aspekte berücksichtigen soll.

Herr Donaubaueer stellt das Grundstück vor. Der Bebauungsplan 911 von 1982 sieht eine soziale Zweckbindung vor. Es gibt bereits ein Gutachten des Architekten Kirsch, dass Wohnen im Schwerpunkt vorsah und sich mit der Fragestellung nach der Substanzerhaltung auseinandergesetzt hat. Der Denkmalschutz hat keine Schutzwürdigkeit attestiert, allerdings für die historisch bedeutsameren Teile die Erhaltung empfohlen. In der weiteren Beplanung sollte das vorhandene Grün und der soziale Aspekt entsprechend berücksichtigt werden. Bereits in der internen Abklärung wurde der Grünbestand qualifiziert und potentiell erhaltenswerte Bäume ermittelt. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Gestaltung des Kreuzungs- und Zufahrtsbereichs gelegt werden.

Das Bauamt Bremen-Nord wird voraussichtlich im April aus der Immobilie ausziehen, so dass sie lediglich von dem Sozialzentrum als Zwischenlösung voraussichtlich bis März 2012 genutzt wird und dann leer steht.

Herr Donaubaueer stellt das weitere Verfahren vor:

1. Städtebauliches Gutachterverfahren (3 Büros)
 - Beteiligung Ortsamt, Beirat bei der Auswertung
 - Auslobung im April 2011
2. Verkaufsausschreibung auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfs
 - Ausschreibung in einem mehrstufigen Verfahren
 - Der künftige Investor wird verpflichtet, in Kooperation mit dem BBN ein Gutachterverfahren für die Architektur durchzuführen
 - Ausschreibung im Sommer / Herbst 2011
3. Architektonisches Gutacherverfahren
 - Beteiligung Ortsamt, Beirat im Rahmen der Jurierung
 - Auslobung vorauss. Ende 2011

In dem Auslobungstext können z.B. Kriterien, wie dass das Kellergeschoss des Hauses freigebaut und damit als Tiefgarage genutzt werden könnte, formuliert werden.

Herr Donaubaueer und Frau Eckerle haben das Verfahren gemeinsam entwickelt. Der Beirat kann seine Anregungen in die städtebaulichen Aspekte einfließen lassen.

Auf Frage von Herrn Borchers erklärt Herr Buchholz den Stiftungszweck. Herr Hartmann, der aus Vegesack kam, hat auf Bitte, finanzielle Mittel für ein Krankenhaus für Kranke und Bedürftige zur Verfügung gestellt.

Herr Buchholz spricht sich für einen Erhalt des historischen Baukerns und des Giebels mit dem Schriftzug aus.

Frau Sprehe bewertet das in Lesum durchgeführte Gutachter- und Beteiligungsverfahren positiv und fragt, was mit einem Verfahren für das ehem. Hartmannstift aufgezeigt werden soll.

Herr Donaubauer führt aus, dass die volumetrische Entwicklung, die Typologien und Gebäudetiefen dargestellt werden können. Wohnformen und z.B. Größenzuschnitte können skizziert werden. Herr Donaubauer erwartet Inputs und Ideen, die für die Ausschreibung verwandt werden können.

Herr Buchholz merkt an, dass wie vor zwei Jahren im Stadtentwicklungsausschuss kommuniziert unbedingt ein Pendant zum gegenüberliegenden sog. Lackner-Gebäude zu vermeiden ist.

Eine Maßgabe, die nach Aussage von Herrn Donaubauer in der Ausschreibung entsprechend definiert werden könnte.

Herr Degenhard spricht sich dafür aus, das Schwesternwohnheim nicht zu erhalten.

Auf Nachfrage von Herrn Borchers könnte nach Einschätzung von Herrn Donaubauer Wohnen realisiert werden.

Frau Jäckel regt an, ein generationsübergreifendes Wohnen zu realisieren.

Herr Jacobi schlägt aus dem Publikum vor, eine Art Marktplatz mit einem Gerhard-Rohlf-Denkmal als Entre zur Fußgängerzone zu schaffen.

Herr Donaubauer gibt die große Anzahl an bereits bestehenden Plätzen zu bedenken. Ein Entre mit einer Hochpunktbildung wäre sicherlich als lesbarer Eingang sinnvoller.

Auch Herr Mosel fand den in Lesum durchgeführten Wettbewerb hervorragend. Da noch kein Investor vorhanden ist, sollte eine Nachsteuerung in jedem Fall möglich sein.

Frau Sprehe spricht sich dafür aus, dass der vorhandene Grünstreifen in die Planungen einzubeziehen.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack stimmt dem von Herrn Donaubauer vorgestellten Verfahren zu.

1. Städtebauliches Gutachterverfahren (3 Büros)
2. Verkaufsausschreibung auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfs
3. Architektonisches Gutachterverfahren

Ergebnis:

- einstimmig -

Da die zur Behandlung angekündigte Uhrzeit von 21.30 Uhr für den Tagesordnungspunkt 8 noch nicht erreicht ist, werden die Tagesordnungspunkte 9 und 10 in der Beratung vorgezogen.

Tagesordnungspunkt 9

Anträge an die Stiftung Wohnliche Stadt / Vergabe von Beiratsmitteln

Den Beiratsmitgliedern liegt eine Liste der Anträge auf Impulsmittel an die Stiftung Wohnliche Stadt vor. Der Vorsitzende verliest die Anträge, die von Institutionen des Stadtteils Vegesack eingereicht wurden:

Gustav-Heinemann-Bürgerhaus	Technische Ausstattung, Saal	40.412 Euro
Schule Am Wasser	Schulhof	15.245 Euro
Schule Lerchenstraße	Schulhof	27.000 Euro
Schule Fährer Flur	Schulhof	6.950 Euro
Freiwillige Feuerwehr Vegesack	Spritzenhaus	4.000 Euro

Neben dem Antrag auf Impulsmittel hat die Freiwillige Feuerwehr Vegesack 2.000 Euro an Beiratsmitteln für die Realisierung des genannten Projektes beantragt.

Frau Sprehe bittet die Freiwillige Feuerwehr in ihrem Antrag auf Impulsmittel auch auf den Mehrwert des Projektes für die Jugendfeuerwehr hinzuweisen.

Auf Nachfrage von Herrn Degenhard, warum die Freiwillige Feuerwehr nicht den Gesamtbetrag von 6.000 Euro bei der Stiftung beantragt, führt der Vorsitzende aus, dass die Stiftung in der Regel Projekte bezuschusst, sie nicht voll finanziert.

Herr Pörschke fragt, ob das Förderziel erreicht würde. Die Stiftung merkt in ihrer Übersicht an, dass zwar das Förderziel, die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien zu verbessern, nicht erreicht wird. Unter der weiteren Anforderung, gesellschaftlichen und freigemeinnützigen Initiativen zu entspringen und hohes Bürgerengagement aufzuweisen, wäre ein Zuschuss aber vertretbar.

Mit dieser Maßgabe, dass der Zuschuss vertretbar wäre, sprechen sich die Beiratsmitglieder für eine Unterstützung aus.

Herr Buhlmann erklärt, dass die Realisierung des Projektes insg. ca. 8.000 Euro kosten wird. Die Spritze wird von den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr ehrenamtlich in Stand gesetzt. Mit dem Spritzenhaus soll ein repräsentativer Platz für die historische Spritze geschaffen werden. Sämtliche Gerätschaften, so auch die historische Spritze, werden von allen Bereichen der Freiwilligen Feuerwehr, somit auch der Jugendfeuerwehr genutzt.

In Bezug auf den Antrag, der von der Kulturbüro Bremen-Nord gGmbH zum Gustav-Heinemann-Bürgerhaus eingebracht wurde, enthalten sich Herr Wemken und Herr Pörschke bei der nachfolgenden Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack stimmt den Anträgen auf Impulsmittel an die Stiftung Wohnliche Stadt zu:

Gustav-Heinemann-Bürgerhaus	Technische Ausstattung, Saal	40.412 Euro
Schule Am Wasser	Schulhof	15.245 Euro
Schule Lerchenstraße	Schulhof	27.000 Euro
Schule Fährer Flur	Schulhof	6.950 Euro
Freiwillige Feuerwehr Vegesack	Spritzenhaus	4.000 Euro

Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Beirat Vegesack bewilligt der Freiwilligen Feuerwehr Vegesack einen Zuschuss aus seinen Globalmitteln bis zu einer H.v. 2.000 Euro für die Errichtung einer Nebenanlage für eine Handdruckspritze.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 10 Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Beiratsfraktion zu den Anwahlzahlen für das Gymnasium Vegesack vor.

Herr Scharf begründet die Dringlichkeit, die einstimmig vom Beirat Vegesack festgestellt wird.

Herr Scharf begründet den Antrag inhaltlich dahingehend, dass es für das Gymnasium Vegesack für das Schuljahr 2011/2012 insgesamt ca. 140 Anwahler gab. Zur Verfügung stehen 120 Plätze. Laut einer Anweisung der Schulbehörde dürfte das Gymnasium allerdings nur 95 Plätze vergeben. Manche Kinder erhielten nicht einmal die zweite Anwahlmöglichkeit, obwohl genug Plätze vorhanden sind. Ihnen wurde eine andere Schule zugewiesen. Es sähe daher danach aus, dass die Schulbehörde ganz gezielt die Oberschulen bevorzugen würde. Kinder aus Aumund wurden Schulen in Blumenthal oder Lesum angeboten. Für zukünftige 5-Klässler ein zu weiter Weg.

Herr Schmidt empfindet die Deckelung der Anzahl für die Zulassung schwer nachvollziehbar, da sie einen Kapazitätsverlust bedeute. Die Behörde sollte um eine Stellungnahme gebeten werden.

Frau Jäckel kann die reduzierte Anzahl mit 96 Plätzen bestätigen, da sie auf einer Informationsveranstaltung des Gymnasiums anwesend war.

Herr Buchholz begrüßt den vorliegenden Antrag, da in jedem Jahr die Anwahlzahlen die vorhandenen Plätze übersteigt. Die FDP-Fraktion legt Wert darauf, dass mindestens die vorgesehene Kapazität an Plätzen zur Verfügung gestellt wird.

Beschluss:

Der Vegesacker Beirat fordert die Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf, die Kapazität des Gymnasiums Vegesack für 5 Klassen im Schuljahr 2011/2012 voll auszuschöpfen. Die Deckelung ist zurück zu nehmen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Frau Jäckel begründet den Antrag der SPD-Beiratsfraktion „Ehemaliges Verwaltungsgebäude des Bremer Vulkans“. Seit ca. 15 Jahren steht das Verwaltungsgebäude der ehemaligen Vulkan-Werft, Lindenstraße, leer. Angedachte Folgenutzungen, wie z.B. Altenwohnungen, scheiterten immer wieder auch an der industriellen Nutzung auf dem Gelände. Diese industrielle Nutzung soll nach Maßgabe der SPD-Beiratsfraktion unter allen Umständen erhalten bleiben. Sie möchte aber auch, dass das ehemalige Verwaltungsgebäude bauordnungsrechtlich die Chance für eine weitere Nutzung bekommt. Die Alternative wäre, sich mit einer Ruine abfinden zu müssen. Nach Einschätzung der SPD-Beiratsfraktion müsste es möglich sein, eine Lösung für ein friedliches Nebeneinander – wie es für die Überseestadt offensichtlich gelungen ist – auch für diesen Standort zu finden. Bereits heute leben und arbeiten entlang des Industriegebietes Bremer Vulkan bereits viele Menschen.

Herr Pörschke teilt für die Fraktion der Grünen mit, dass sie dem Antrag nur zustimmen könnten, wenn die Beschlussfassung eine Ergebnis offene Prüfung zum Ziel hat, das Gebäude also auch rückgebaut werden könnte. Er schlägt vor, den Antrag um die Worte „für die Fläche“ zu ergänzen.

Herr Scharf widerspricht der angeführten Begründung, könnte dem Beschlussvorschlag allerdings zustimmen.

Beschluss:

Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der Festsetzungen des Bebauungsplanes 1240, eine tragfähige und zukunftsorientierte bauordnungsrechtliche Lösung für die Fläche des ehemaligen Verwaltungsgebäudes des Bremer Vulkans zu finden.

Ergebnis:

Bei zwei Enthaltungen wird der Beschluss einstimmig gefasst.

Herr Scharf verliert den Antrag „Vermehrte Gewalttaten in Vegesack“ der CDU-Beiratsfraktion und begründet ihn dahingehend, dass kaum ein Tag vergehen würde, an dem man nicht in der Presse von Einbrüchen und Überfällen lesen würde. Die Überfälle auf Passanten werden immer brutaler. Die Hintergründe der Taten gehen über Raub hin zum „Einfach umhauen“, weil's Spaß machen würde. Erschreckender Weise wird auf das Leben des Opfers keine Rücksicht genommen.

Frau Sprehe kritisiert den Antragstext und die geäußerte Begründung, die nach ihrer Einschätzung auf die in der Presse kommunizierten Überfälle abstellt. Die geschilderten Tathergänge wurden teilweise wieder revidiert. Sie beklagt, dass der Stadtteil negativ dargestellt wird. Die Bedürfnisse der Bevölkerung müssen anerkannt werden.

Herr Sulimma stört der mit dem Antrag geäußerte Populismus.

Herr Degenhard kritisiert die Zurückhaltung der SPD-Beiratsfraktion.

Herr Buchholz verweist darauf, dass seiner Zeit ein CDU-Senator das Personal bei der Polizei reduziert hat.

Herr Pörschke schlägt vor, Berichte der Polizei einzufordern, um dann bei aufgezeigten Missständen ggf. adäquat reagieren zu können.

Eine Bürgerin aus Lemwerder spricht sich für mehr Polizeipräsenz aus.

Herr Buhlmann spricht sich für eine solide Betrachtung der Situation aus. Grundlage hierfür kann nicht alleine die Presseberichterstattung sein. Er kritisiert, die zögerliche justizielle Behandlung von Straftätern.

Herr Degenhard spricht sich gegen die Einforderung eines Berichtes seitens der Polizei aus.

Beschlussvorschlag:

Der Vegesacker Beirat fordert den Senator für Inneres und Sport auf, auf die in den letzten Wochen vermehrt aufgetretenen Einbrüche und Übergriffe auf Passanten in Vegesack zu reagieren. Wir fordern eine höhere Polizeifrequenz bzw. eine konkrete Maßnahme vor Ort, um Übergriffe zu verhindern.

Ergebnis:

Bei vier Stimmen für den Beschlussvorschlag und 11 Gegenstimmen wird der Antrag abgelehnt.

Es liegt eine Anfrage „Luftschutzzollen in Vegesack“ der CDU-Beiratsfraktion vor. Diese Anfrage wird vom Beirat Vegesack aufgegriffen und weiter verfolgt.

In der Beratung schließt nunmehr der Tagesordnungspunkt 8 an.

Tagesordnungspunkt 8 Sachstand Markthalle

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Bachmann, Mitarbeiter in der Vermietungsabteilung der AVW Immobilien AG. Herr Bachmann teilt mit, dass die AVW eine zeitnahe und lückenlose Nachnutzung in der Markthalle mit dem Ziel einer Lebensmittelnahen Versorgung anstrebt. Nach Möglichkeit soll ein bundesweit agierender namenhafter Anbieter von Lebensmitteln, ein Drogerie- oder Biofachmarkt gewonnen werden. Diese Unternehmen beobachten bereits die Frequenz und prüfen die technische Realisierung ihrer Märkte in der Markthalle. Die AVW möchte eine Nachhaltigkeit sicher stellen.

Herr Degenhard bezeichnet die Darstellung von Herrn Bachmann als Casting-Einlage, da bereits die zu den vergangenen Sitzungen anwesenden Vertreter der AVW identische Vorträge gehalten haben.

Frau Sprehe verweist auf die bereits hinsichtlich der Ansiedelung eines Drogeriemarktes geäußerten Einwände des Beirates Vegesack. Sie fragt, ob es möglich ist, die Verträge zur Erstellung und Betreuung der Markthalle einsehen zu können, um zu prüfen, ob beispielsweise die AVW zu einem aktiven Engagement vertraglich verpflichtet wurde.

Herr Bachmann beschreibt, dass die AVW kein wirtschaftliches Interesse an einem Lehrstand der Immobilie hat.

Herr Buchholz merkt an, dass die verschiedenen Ansprechpartner des Beirates bei der AVW von einer schlechten Organisation im Unternehmen zeugen. Auch er würde in die Verträge gerne mit dem Ziel einsehen, die von der AVW tatsächlich eingebrachten finanziellen Mittel zu erfahren. Jedes Jahr würde die AVW eine Ausfallentschädigung von der Freien Hansestadt Bremen erhalten. Die AVW habe die von ihr gemachten Versprechungen nicht eingehalten. In diesem Zusammenhang spricht er die zweite Ebene, die in die Halle eingebaut werden sollte und für eine angenehmere Atmosphäre in der Halle sorgen würde, an.

Herr Bachmann berichtet von den erfolglos verlaufenden Gesprächen mit den Betreibern der Gaststätte Horizont und der Baguetterie Filou.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Brauerei Husum, vermittelt durch den Getränkefachhandel Gehlert, an einer Nutzung interessiert wäre. Ein erhaltenes Fax wird er an die AVW weiterleiten.

Herr Pörschke merkt an, dass hinsichtlich eines Drogeriemarktes bereits ein ausreichendes Angebot in der Vegesacker Fußgängerzone zur Verfügung stehen würde, Leerstände wären zu befürchten.

Auf den Einwand von Herrn Bachmann, dass die Marktgegebenheiten die Anmieterauswahl regulieren würden, stellt Herr Pörschke fest, dass mit dieser Äußerung die Befürchtungen, dass eine Entscheidung lediglich nach privaten, kaufmännischen Gesichtspunkten der AVW getroffen wird, bestätigt werden.

Der Vorsitzende weist auf die Zielrichtung, mit der die Markthalle gebaut wurde, hin. Die Markthalle soll zur Belebung des oberen Vegesacks beitragen und eben keine Leerstände produzieren.

Herr Degenhard verweist auf die mit der Eröffnung des Stadthauses Vegesack zu erwartende Steigerung der Frequenz am Sedanplatz.

Der Bitte von Herrn Borchers Namen von potentiellen Mietinteressenten zu nennen, kann Herr Bachmann nicht nachkommen.

Die AVW spricht sich für eine parzellierte Nutzung der Markthalle aus. Sollte allerdings ein adäquates Angebot zur Gesamtnutzung nur eines Anbieters vorliegen, würde auch diesem Anliegen entsprochen werden.

Auf Vorschlag von Frau Sprehe spricht sich der Beirat dafür aus, zu jeder folgenden Sitzung einen persönlichen Sachstandsbericht zur künftigen Nutzung der Markthalle bei der AVW anzufordern.

Der Beirat nimmt die Ausführungen von Herrn Bachmann zur Kenntnis.

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit werden die nachfolgenden Tagesordnungspunkte vertagt.

Tagesordnungspunkt 11 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 12 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 13 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Vertagt.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin